

DIE SPD REGIERT. *DAS LAND KOMMT VORAN.*

Die SPD regiert – seit nun einem Jahr. Und das Land kommt voran. Der Mindestlohn, bessere Renten, bezahlbares Wohnen, der Neustart der Energiewende, die Frauenquote, mehr Unterstützung für Familien, unsere Friedenspolitik und vieles mehr. Es geht darum das Leben der Menschen besser zu machen.

- Endlich gibt es in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können nach 45 Versicherungsjahren 2 Jahre vor der Regelaltersgrenze in Rente gehen – und zwar ohne Rentenkürzung.
- Für alle vor 1992 geborenen Kinder wird die Anrechnung der Kindererziehungszeiten ausgeweitet, d. h. für Mütter und Väter gibt es pro Kind einen Entgeltpunkt mehr auf dem Rentenkonto
- die SPD steht auch für mehr Investitionen in Bildung: Die Länder bekommen 6 Milliarden mehr für Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung.
Die SPD bleibt die Bafög-Partei und hat dafür gesorgt, dass es eine spürbare Erhöhung geben wird. Damit alle jungen Menschen gleiche Chancen haben, alle – egal ob der Geldbeutel ihrer Eltern dick oder dünn ist.
- Durch die Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes ist es gelungen, den Anstieg der Strompreise zu bremsen.
- Die Mietpreisbremse kommt. Bezahlbarer Wohnraum für alle:
Keine drastischen Preiserhöhungen mehr bei Wiedervermietung. Wer bestellt, bezahlt.
Den Makler bezahlt, wer ihn gerufen hat. Nebenabsprachen sind unwirksam.
- Die Quote für Frauen in Führungspositionen kommt.

MINDESTLOHN
MIETPREISBREMSE
RENTE BILDUNG
ENERGIEWENDE
GLEICHSTELLUNG

BAFÖG / KITAS/ HOCHSCHULEN IN BERLIN WIRD BILDUNG GROßGESCHRIEBEN – DANK DER SPD

Liebe Appenerinnen und Appener,

wenn über die Erfolge der SPD in der Großen Koalition in Berlin berichtet wird, steht die Bildungspolitik meistens ziemlich weit hinten: Das Rentenpaket und der Mindestlohn von Bundessozialministerin Andrea Nahles machen bei den Schlagzeilen das Rennen.

Dabei haben wir als Sozialdemokraten für die Bildung schon im ersten Jahr viel erreicht: Mit der beschlossenen BAföG-Novelle erhöhen wir die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um sieben Prozent. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge erhalten rund 110.000 junge Menschen zusätzlich einen BAföG-Anspruch.



Der Bund übernimmt ab 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die freiwerdenden Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen verwenden. Außerdem investiert der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und

Kitas und stellt bis 2020 rund 10 Milliarden Euro zur Finanzierung des Hochschulpaktes für mehr Studienplätze zur Verfügung.

Aber auch im Bereich der beruflichen Bildung und tut sich etwas: Mit der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften kommt neuer Schwung auf den Ausbildungsmarkt – ein

Schulterschluss, der mehr betriebliche Lehrstellen und bessere Chancen für förderungsbedürftige Jugendlichen bringt!

Als nächstes haben wir Bildungspolitiker nun die Reform des „Meister-BAföGs“ im Visier: Die Aufstiegsfortbildung für Techniker, Fachwirte und Meister muss familienfreundlicher, kalkulierbarer und weniger bürokratisch werden!

Gute Bildungspolitik ist auch Gerechtigkeitspolitik! Für mich ist sie ein Herzensanliegen. Deshalb bleibe ich in diesen Fragen engagiert am Ball.

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Dietsch

